

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Neudruck Dresden.  
Verlagsnummer 25 241  
Nur für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auslieferung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., halbjährlich 77,- M., jährlich 140,- M. Die einseitige 37 mm breite Zeile 4,- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsanfragen, 1 spaltige Anz. u. Berichte 25 % Ermäßigung laut Tarif. Unentgeltliche Wählzettel gegen Voranmeldung. Einzelnnummer 10 Pf.

Abnahme und Anfertigung  
Marienthor 33/40.  
Druck u. Verlag von  
Erich & Richard in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

**Bergmanns Zahnpasta**  
**Rosodont**  
seit 70 Jahren bewährt  
Ueberall erhältlich

14 König-  
straße  
**Königsdielen**  
Vornehmes Restaurant  
König-  
straße 14

**Max Glöss Nachf.**  
Moritzstraße 18.  
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,  
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

## Annahme des Vertrauensantrags für Wirth.

Die gestrige Reichstags-Sitzung hat die von Millionen mit Spannung erwartete Lösung der Frage nach dem künftigen Schicksal der deutschen Regierung gebracht. Die Regierung bleibt im Amt; es ist ihr gelungen, mit einer knappen, aber immerhin ausreichenden Mehrheit von 220 Stimmen aus dem Abstimmungsstadium um das von den Regierungsparteien eingebrachte Vertrauensvotum hervorzuziehen. Das ist in knappen Worten der Tatbestand, wie man ihn auf den ersten Blick bei oberflächlicher Einsicht des zahlenmäßigen Ergebnisses feststellen muß. Mit dieser nüchternen Feststellung kann sich natürlich niemand begnügen, der auch nur entfernt einen Begriff von der Wichtigkeit der Fälle von Fragen hatte, die sich mit der Entscheidung des Abstimmungsanges und mit den einzelnen Mißtrauensanträgen beziehentlich dem vom Kanzler geforderten Vertrauensvotum verband. Es gilt vielmehr in den tieferen Sinn der trockenen Ergebnisaussagen einzudringen und sie das Sünden zu lassen, was sich in ihnen verbirgt. Erst dann kann der Spruch der Volkswirter gewissermaßen lebendig werden, kann sich zeigen, ob die Regierung ihre offene Feldschlacht gewonnen hat oder ob die Partei vielmehr remis geblieben ist. Das erste, was schlagend zu werden verdient, ist die Tatsache, daß von 408 Reichstagsabgeordneten nur 42 insgesamt abgestimmt haben; 47 Volkswirter blieben also bei dieser bedeutungsvollen Entscheidung durch Abwesenheit. Nun war, wie erinnerlich, das Stimmenverhältnis der Regierungsparteien zu den Oppositionsparteien, die die bekannten Mißtrauensanträge eingebracht hatten: 220 : 222. Die Stimmenzahl, die für das Vertrauensvotum abgegeben wurde, betrug genau 220. Es dürfte sich also hier um einen lächerlichen Aufmarsch der Regierungsparteier handeln. Die 17 Abwesenden würden sich demnach samt und sonders auf die Opposition und die 26 Abgeordnete umfassende Schaar der bairischen Volksparteier, des bairischen Bauernbundes und der Welfen verteilen, von der kaum anzunehmen ist, daß sie auch nur mit einer einzigen Stimme für das Vertrauensvotum gestimmt haben wird.

Tadel rückt das Abstimmungsresultat in ein bezeichnendes Licht. Die Zahl der fehlenden Volkswirter würde genügt haben, die Vertrauensmöglichkeit für Wirth in das Gegenteil zu verkehren, zumal wenn man dieser Zahl noch die 16 bairischen Volksparteier hinzurechnet, die sich der Stimme enthalten und die damit fundieren, daß sie keinesfalls zu den Stützen des Wirthschen Kabinetts gezählt zu werden wünschen. Aus dieser vorläufigen Schätzung, an der sich der eine oder andere Faktor nach dem Bekanntwerden der genauen Listen wohl ändern mag, ohne daß die Bedeutung dieser Abstimmungsresultate sich ändern könnte, geht mit Bestimmtheit hervor, daß die Regierung bei dem Anmeldebestände der Volkswirter wohl eine Mehrheit von 25 Stimmen erhielt oder zu erwarten in der Lage war, daß aber diesem Mehr die erklärte Gegnerschaft von 185 und die gemäßigteren Vertreter von 63 gegenübersteht. Wer diese Zusammenhänge überblickt, der wird sich der Ueberraschung nicht verschließen können, daß der in der Reichstags-Sitzung zuhandenbekommene Spruch der Volkswirter nicht eigentlich ein Vertrauensvotum der Reichstagsmehrheit genannt werden darf, von dem in vollem Sinne nur gesprochen werden kann, wenn alle Abgeordnete, das Plenum des Hauses, wirklich seine Stimme für oder wider die Regierung abgegeben hat.

Es ist keine Zufallsmehrheit, um die es sich hier handelt, wohl aber eine sorgsam konstruierte, deren Verwirklichung dem Kanzler wie den Regierungsparteien und ihren Führern keine geringe Mühe gekostet haben dürfte. Der wahre Wert dieser Entscheidung wird noch dadurch verringert, daß es sich um die Stellungnahme zu einer Erklärung handelte, in der mit keinem Worte von „Vertrauen zur Regierung“ die Rede ist. Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung. So lautete der trockene Satz, für oder gegen den die Parteien stimmen sollten. Der deutschnationale Abgeordnete Derat hat mit vollem Recht die Zweifelsfrage an den Kanzler gerichtet, ob denn in diesem Satz tatsächlich das zum Ausdruck kommt, was der Kanzler am Sonnabend unter einem „positiven Vertrauensvotum“ verstanden hat. Man hätte selbstverständlich in der heiklen Situation der gegenwärtigen allgemeinen politischen Lage einen regelrechten Vertrauensantrag, nicht nur eine vage Aufforderung zur Billigung der Regierungserklärungen über den Eisenbahnerstreik erwarten müssen. Der Kanzler war genugsamer. Ihm war es, wie er ausführte, ganz klar, was mit dem so formulierten Mißtrauensantrag gemeint war. Aber ebenso klar dürfte es sein, daß eine wirklich auf Aufhebung der Situation bedachte Regierung, der es lediglich auf die Sache ankommt, nie und nimmer sich mit einer solchen dem Sinne nach umschweifenden Formulierung, aus der eine Vertrauensbezeugung nur indirekt abzuleiten werden kann, einverstanden erklärt hätte.

Mithin liegen die Dinge so, daß ein mit allergrößter Vorsicht, auf ganz bestimmte Punkte präzisierter, indirekter Vertrauensantrag von einer mühsam konstruierten Mehr-

### 220 von 421 Stimmen für Wirth.

Berlin, 15. Febr. Der Reichstag hat das Vertrauensvotum für die Regierung Wirth mit 220 gegen 185 Stimmen in namenhafter Abstimmung angenommen. 16 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei enthielten sich der Stimme. Für das Vertrauensvotum stimmten die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Demokraten. Dagegen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Unabhängigen und die beiden kommunistischen Gruppen. Unwesend waren 421 Abgeordnete. Das Ergebnis wurde bei den Regierungsparteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Mißtrauensanträge waren damit erledigt.

### Die Verhandlungen im Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 15. Febr. Zu Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung leitete ein Regierungsvorredner mit, daß die demokratische Interpellation über den Verkehr von Waren aus dem Reich in das unbesetzte Gebiet in der nächsten Zeit beantwortet werden soll. Dann wurde die zweite Sitzung des Reichsmittengesetzes fortgesetzt. — Abg. Vahr (Dem.): Bei der allgemeinen Notlage könnten wir es heute nicht wagen, die Notwendigkeit der Wirtschaft völlig zu befechten. Vahr bringt diese Gesetze eine Art Sozialisierung. Die Demokratie habe grundsätzlich auf dem Boden der Privatwirtschaft, jedoch müsse sich das Eigentum gewisse Beschränkungen gefallen lassen. Schiere dieses Gebiet, so würden die Gegenstände nicht gemildert, sondern nur veräußert werden. Beide Seiten, Mieter und Vermieter, müßten Opfer bringen. — Abg. Jand (Bayr. Vp.): Das vorliegende Gesetz sei bei der gänzlichen Aufrechterhaltung der Wirtschaft und der durchführbaren Eigentümlicher Weise gingen alle Gesetze, die vom Reichsarbeitsministerium kommen, darauf aus, eine Unmenge von Beamten hier und da unterzubringen. Wenn diese Gesetzgebung weitergehe, würden wir bald keine Arbeitsstellen mehr in Deutschland haben. Seine Partei lehne dieses Gesetz ab. Allgemein sei im Reich ein Mißtrauen gegen die Parteiführer zum Ausdruck gebracht worden. Das Gesetz sei nicht nur verfassungswidrig, sondern sogar verfassungswidrig. Die Verwirklichung der Zwangsmaßnahmen bedeute die Verwirklichung der Korruption, besonders für das Wohnungswesen. Das Gesetz sei für Berliner Verhältnisse gemacht, und alles, was über Berlin hinaus liege, sei nicht berücksichtigt. Deshalb sei das vollständig unsozial, ja antisozial. — Nachdem noch der Abg. Teuber (Komm. Arbeitgemeinschaft) das Gesetz als unannehmbar bezeichnet hatte, wurde die Beratung des Reichsmittengesetzes unterbrochen und die Sitzung auf kurze Zeit vertagt.

### Aussprache über die Regierungserklärungen zum Eisenbahnerstreik

fortgesetzt. Wie der Präsident schickte, legten ein Vertrauensantrag und vier Mißtrauensanträge vor.

heit einer Auswohl von Volkswirtern angenommen wurde. Was damit gewonnen worden ist, ist herab zu werfen. Das, worauf es ankam, nämlich den Beweis zu liefern, daß die Regierungspolitik sich wirklich auf die breite Mehrheit des Volkes und seiner Vertreter stützen kann, das ist nicht erreicht worden. Da, im Gegenteil, der Kampf für und wider Wirth unter den Parteien hat sich verschärft. Die Vorgesänge, die sich im Reichstag und in den vorbereitenden Beratungen der Fraktionen untereinander vor der Abstimmung in diesen Tagen abspielten, lauten Zeugnis davon ab. Die Kluft zwischen der Regierung und den beiden führenden Rechtsparteien hat sich vertieft. Die große Koalition, deren sich der Kanzler im Kampf um seinen Stuhl durch Vermittlung der Demokraten wohl nur als Mittel zum Zweck bedienen wollte, ist zerfallen, ohne daß sie überhaupt erst ins Leben getreten wäre. Durch den Wechsel der Reichssozialdemokraten vom Dienst ist „jede Kombination mit der Deutschen Volkspartei“ abgelehnt worden. Auf Seiten der Deutschen Volkspartei wird nach dieser kategorischen Erklärung und nach der Präzisierung, die ihr der Kanzler antwortete, mit Recht auf längere Zeit der so oft von ihr an den Tag gelegte gute Wille zu einer nützlichen Einigung mit den Parteien der Mitte und der mehrheitssozialistischen Linken geschwunden sein.

Nach die Sympathien, die man in weiten Kreisen der gesamten Reichsparteien für die bairische Volkspartei empfand, dürften sich nach deren unwillkürlicher Haltung im Abstimmungsange wesentlich abgekühlt haben. Wenn die bairische Volkspartei ihre Stellungnahme mit dem Hinweis darauf begründete, daß sie Wirths genußliche Reise nicht geübt haben möchte, so muß sie dabei ganz verstanden haben, daß der von der Regierung ins Auge gefasste Unterhändler

Der Antrag der Regierungsparteien, Wirth (Zentr.), Dr. Becker (Dem.) und Müller-Kronau (Soz.) lautet:

Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung. Der Antrag der Deutschen Volkspartei hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag mißbilligt: 1. daß der Reichskanzler die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar gegen ostenbare Verträge nicht anzuwenden hat; 2. daß der Reichskanzler, im Widerspruch mit den Erklärungen der Reichsregierung, mit Führern der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter verhandelt hat, bevor der Streik beendet war; 3. daß der Reichskanzler in Bezug auf die Disziplinarbehandlung von Dienstvergehen Zusagen gemacht hat, die namentlich im Zusammenhang mit seiner Rede in der Reichstags-Sitzung vom 10. d. M. angegeben sind, die Staatsautorität zu gefährden und die pflichttreuen Beamten zu verwirren. Der Reichstag spricht deshalb dem Reichskanzler Dr. Wirth sein Mißtrauen aus.

Der deutschnationale Antrag lautet folgendermaßen:

Da die Reichsregierung durch ihr bisheriges schwaches Verhalten und durch ungenügenden Schutz des öffentlichen Personals an dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks selbst mit schuldig ist und angesichts der Tatsache, daß beim Eisenbahnerstreik die Taten des Reichskanzlers nicht mit seinen Worten übereinstimmen, hat der Reichstag nicht die Absicht, daß die Staatsautorität in den Händen der vom Reichskanzler Dr. Wirth geleiteten Reichsregierung genugsam gewahrt ist und verläßt infolgedessen der Regierung das Vertrauen. Dessen sie nach der Reichsverfassung zur Führung der Geschäfte bedarf.

Der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten lautet:

Der Reichstag mißbilligt, daß eine Ausnahmeverordnung gegen die streikenden Beamten erlassen wurde, daß durch diese Verordnung unter Bruch der Verfassung das Streikrecht der Beamten aufgehoben wurde und daß die Regierung den Abstimmungsangestrichelten hat, daß die Verhandlungen mit den Streikenden abgelehnt hat und daß die Maßregelungen von Streikenden vorzunehmen will.

Kommunistische Anträge fordern Einstellung der Disziplinärverfahren, Einzel- oder Kollektivstrafungen sollen nicht erfolgen. Einwoige beschlagene Ge-

Matheson war über tatsächliches Verhandlungsgeschehen verärgert, daß es aber mehr als zweifelhaft sein dürfte, ob der neue Außenminister seine weltwirtschaftlichen Pläne hinter die deutschen Interessen zurückstellen in der Lage sein wird. Sollte trotzdem ein gewisser Vorteil damit verbunden sein, daß die in ihrem Umfang durchaus nicht feststellbaren Vorarbeiten des Kabinetts Wirth für Genua nach dem „Abstimmungsstadium“ ihren Fortgang nehmen können und werden, so darf dieser Vorteil in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden. Wenn einwilligen ist es bei der Unausgeglichenheit des englisch-französischen Gegenabtes noch absolut unklar, ob und wann nun bestimmt die Konferenz stattfinden wird. Nimmt man eine Verzögerung der Tagung als gegeben an, womit man sich nicht zuweilen recht, dann wäre auch eine andere, sehr orientierte und von größerem Vertrauen getragene Regierung in der Lage gewesen, ihre Vorarbeiten für Genua zu beenden. Keinesfalls aber wäre nach einem Ministerwechsel die Situation zu gewinnen, wie sie der Zentrumsvorredner mit seinem Sprechensdruck kennzeichnen zu müssen meinte: „In dem Augenblicke, wo diese Regierung gekürzt wird, stehen uns neue Confrontationen bevor!“ Das heißt zunächst Gemüter ins Hochhorragen wollen und steht auf einer Basis mit dem von Wirth immer wieder geäußerten Zweifel auf das Ausland. Wohl sind wir abhängig vom Ausland, aber wir wollen uns abgemöhnen, jedes Stürmchen Vincenzes oder Roub Georges mit einem devoten Seiten des Hauptes hinzunehmen. Und da uns das Kabinet Wirth auch nach seinem Vertrauenssturm nicht abgesehen erhebt, die deutsche Politik in diese feste Bahn zu lenken, so haben wir keine Ursache, trotz Genuas und aller Konferenzen sein Verbleiben im Amt anders als eine vorläufige Gegebenheit anzusehen.